

■ Tibor Navracsics zu lebenslangem Lernen verdammt

EU-Kommissar muss die Mängel an Sachkenntnis und Glaubwürdigkeit schnell wettmachen

Tibor Navracsics ist Mitglied der nationalkonservativen Fidesz-Partei, war bis in den Frühsommer 2014 ungarischer Justizminister und wurde anschließend als ungarischer Außenminister berufen. Damit war er in führender Position an vielen äußerst umstrittenen und auch von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament heftig kritisierten Gesetzen, wie dem neuen Mediengesetz, sowie am Umbau des ungarischen Rechtssystems beteiligt — als stellvertretender Regierungschef. Jetzt ist er als EU-Kommissar zuständig für Kultur, Bildung und Jugend. Die Fidesz-Regierung ist in der Vergangenheit immer wieder wegen der Aushöhlung der Medienfreiheit und -vielfalt sowie ihrer äußerst fragwürdigen Kulturpolitik europaweit kritisiert worden.

Größter Kritikpunkt

Tibor Navracsics — als bisher treuer Gefolgsmann des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbáns mitverantwortlich für das umstrittene Mediengesetz — ist im Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments auf breite Skepsis gestoßen. Warum sollte jemand, der kritische Äußerungen in der Öffentlichkeit derart in Misskredit bringt, ausgerechnet die liberaldemokratischen Werte Europas vertreten können; als Schmutzkind der EU-Kommission in Sachen Grundfreiheiten, das Wahre, Schöne und Gute, nämlich Bildung, Jugend und Kultur verantworten können?

Die Gesetzgebungen der ungarischen Regierung zur Besteuerung von Werbung und von Datenvolumen im Internet stoßen nicht nur bei der ungarischen Bevölkerung auf Ablehnung, sie lassen die gesamte Union aufhorchen.

Der ideologische Umbau der Bildungs- und Kulturlandschaft Ungarns steht eindeutig im Konflikt zu seiner neuen Aufgabe. Wenn Programme wie Erasmus +, die die Mobilität insbesondere junger Menschen fördern sollen, das Gegenteil der bisherigen Regierungspraxis der Fidesz-Partei (in Form der Fesselung von Studenten an Ungarn) darstellen, wird es interessant werden, wie Navracsics in den kommenden fünf Jahren diesen Konflikt zwischen seiner politischen Heimat und seiner jetzigen Aufgabe angehen will und dabei allen Mitgliedsstaaten gerecht werden möchte.

Nicht generell abgelehnt

Es ist vertraglich in der Europäischen Union verankert, dass jeder Mitgliedsstaat einen Kommissar benennen kann. Dieses Recht darf auch Ungarn nicht versagt werden -- die Integration eben solcher »Problemfälle« ist vielleicht sogar die beste Methode, ihnen entschieden entgegenzuwirken. Es war absehbar, dass die ungarische Regierung einen Kommissar aus den Reihen der Fidesz-Partei vorschlagen würde. Niemand konnte erwarten, dass Orbán einen Oppositionellen nach Brüssel schickt. Nach den auch in der Presse lauter werdenden Protesten gegen Navracsics war es schon bemerkenswert, wie viele Vertrauensbekundungen wir als Parlamentarier erhalten haben, die für Navracsics gewonnen haben. Immer war aber leicht erkennbar, dass diese von Institutionen oder Verbänden kamen, die entweder ihm persönlich oder aber der Fidesz-Partei nahestehen. Solche Briefe hat es bei keinem anderen Kommissarsanwärter gegeben.

Kulturausschuss forderte anderen Aufgabenbereich für Navracsics

Dass die EU auch eine Wertegemeinschaft ist, wird in keinem anderen Bereich so deutlich wie bei Kultur und Bildung, insofern haben wir es im Kulturausschuss für ein falsches, wenn nicht gar fatales Signal gehalten, dieses Ressort mit einer Person zu betrauen, die einer Regierung angehörte, die immer wieder unter Beweis stellt, dass sie diese Werte nicht uneingeschränkt teilt. Daher haben wir im EP-Kulturausschuss Navracsics zwar nicht grundsätzlich die Befähigung abgesprochen, Mitglied der EU-Kommission zu werden, aber von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gefordert, ihm einen anderen Aufgabenbereich zuzuweisen.

Es wäre für eine Mehrheit des EP-Kulturausschusses ein Leichtes gewesen, Navracsics als Kommissar gänzlich abzulehnen. Selbst wenn Juncker sich darauf eingelassen hätte, die ungarische Regierung aufzufordern, einen anderen Kandidaten zu benennen, hätte Orbán dem nicht Folge leisten müssen. Außerdem hätte die Gefahr bestanden, einen noch schlimmeren Hardliner oder eine politisch vollkommen unerfahrene Person vorgeschlagen zu bekommen. Aus der Erfahrung der letzten Jahre wissen wir, dass Orbán nichts unversucht gelassen hätte, eine Ablehnung innenpolitisch auszuschlachten,

es als Affront gegen Ungarn darzustellen und gegen die EU zu wettern. Mit einer möglichen Verweigerung, einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, wäre zudem die Ernennung der EU-Kommission auf unbestimmte Zeit verzögert und so ihre Arbeitsfähigkeit in Frage gestellt worden — ein Bären dienst, den niemand Orbán erweisen wollte.

Navracsics konnte auch fachlich nicht überzeugen

Neben den grundsätzlichen Kritikpunkten an seiner Person konnte Navracsics in der Anhörung des Parlaments auch fachlich, trotz zusätzlicher schriftlicher Nachfragen, im Anschluss nicht überzeugen. Während der Anhörungen ließ er jegliche Vorstellung vermissen, wie er die drei Programme Erasmus +, Kreatives Europa und Europa für Bürgerinnen und Bürger fortentwickeln und stärken möchte. In Bildungsfragen blieb er genauso unkonkret und erging sich in Allgemeinplätzen. Dabei sollte man zumindest im Hinterkopf behalten, dass Navracsics die Entfernung nicht-regierungstreuer Schuldirektoren und Beschneidung der Autonomie der Hochschulen mit zu verantworten hat.

Auf Fragen, wie die Produktion und Verbreitung kultureller Inhalte gestärkt und die Kultur- und Kreativwirtschaft gefördert werden sollen, antwortete er allenfalls vage. Wie er die Vielfalt kultureller Güter und Dienstleistungen in der Europäischen Union schützen und fördern möchte, konnte er nicht schlüssig darlegen. Ihm scheint es auch an Ideen zu fehlen, wie man im digitalen Zeitalter den Zugang zu Kultur allen EU-Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen kann. Bei allen Debatten um Netzinfrastruktur und Datensicherheit wird allzu oft vergessen, dass wir vor allem die ganze Vielfalt kultureller Inhalte benötigen, die dann möglichst einfach ihren Weg zum Publikum finden sollen.

Tibor Navracsics wurde in der Anhörung jedoch nicht müde, immer wieder zu betonen, dass er als Kommissar Hüter der Verträge und Bewahrer der Werte sein werde und dass er sich keineswegs als verlängerter Arm der ungarischen Regierung sehe. Wirklich glaubwürdig war das nicht. Ob er diese Beteuerungen wirklich ernst meint, wird die Zukunft zeigen. Es scheint, als ob er sich in ihm völlig fremde Themen einarbeiten muss. Zugegeben, dass müssen andere Kommissare und Kommissarinnen auch — daher sollte auch für

ihn gelten, dass man ihm diese Einarbeitungszeit zugesteht – mit unüberlegten Schnellschüssen ist am Ende niemandem gedient.

Dass Jean-Claude Juncker ihm schließlich doch den (wenn auch sehr kleinen) Bereich Unionsbürgerschaft entzogen hat, kommt einem Eingeständnis über die mangelnde fachliche Eignung zumindest in diesem Bereich, gleich.

Dennoch aus meiner Sicht, als Mitglied des EP-Kulturausschusses, diese Ressortverschiebung zu wenig -- deswegen habe ich mich bei der Entscheidung des EU-Parlaments über das gesamte Kommissionskollegium enthalten. Auch wenn der EU-Kommission insgesamt eine Reihe herausragender Persönlichkeiten angehören, denen durchaus zuzutrauen ist, die drängenden Probleme zu lösen und in den nächsten fünf Jahren an einer guten Zukunft für Europa weiterzuarbeiten, konnte ich mich als Kultur- und Bildungspolitikerin zu einem »Ja« nicht durchringen. Mit einem »Nein« aber hätte ich Kommissarinnen und Kommissare abgelehnt, von denen ich hoffe, dass sie einen guten Job machen werden.

Zwei Kommissare zuständig für das Programm »Creative Europe«

Bei der Bildung der Kommissariate hat Juncker entschieden, die Zuständigkeiten für die Programme »Media« und »Kultur« aufzuteilen auf Günther Oettinger und Tibor Navracsics, nachdem mit dem Start der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 die Kultur- und die Medienförderung in dem Programm »Kreatives Europa« zusammengelegt worden waren. Über die Gründe hierfür kann man nur spekulieren. Es ist für die Durchführung des Media-Programms sicher nicht optimal; deutlich schlimmer wäre es jedoch gewesen, wenn ausgerechnet demjenigen das Programm, das vor allem Medienvielfalt fördern soll, anvertraut worden, der als damaliger Justizminister und stellvertretender Regierungschef mitverantwortlich zeichnet für den Kahlschlag in der Medienlandschaft in Ungarn. Insofern wird man mit dieser geteilten Zuständigkeit für das neue Kulturprogramm leben müssen und sicherlich auch können.

Die Zukunft wird es zeigen

Der Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments wird in den nächsten viereinhalb Jahren die Arbeit von Tibor Navracsics sicherlich äußert kritisch, aber dennoch konstruktiv begleiten. Die Herausforderungen in beiden Themenbereichen sind zu groß, als dass man die Zusammenarbeit verweigern könnte. Die Ausarbeitung eines »Arbeitsplans Kultur« ist für Kommissar Navracsics nun die erste Möglichkeit, unter Beweis zu stellen, wie ernst es ihm mit der Förderung kultureller Vielfalt ist und wie sehr ihm die europäischen Werte am Herzen liegen.

Petra Kammerevert



Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Die Bewilligungsquote steigt – aber ...

Rückblick auf ein Jahr EU-Förderung für Städtepartnerschaften

Seit rund 25 Jahren werden Städtepartnerschaften von der Europäischen Union unterstützt. Aus der Sicht der EU bilden sie eine geeignete Schnittstelle zwischen »Brüssel« und den Bürgerinnen und Bürgern. Sie werden als Basis für die lokale Europaarbeit gefördert.

Mit der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 ist das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« politischer geworden, in dem Sinne, dass im Rahmen der geförderten Projekte zur Debatte über die EU, ihre Werte und Ziele sowie zu Engagement für eine lebenswerte Zukunft in Europa angeregt werden soll. Gefördert werden Begegnungen zwischen Bürgern aus mindestens zwei Kommunen unterschiedlicher Länder sowie Vernetzungsprojekte, in deren Rahmen mindesten vier Kommunen aus unterschiedlichen Ländern innerhalb von maximal 24 Monaten mehrere gemeinsame Veranstaltungen, Konferenzen oder Workshops zu kommunalpolitischen Themen von europäischer Relevanz organisieren.

Bürgerbegegnungen	2013	2014
Eingereichte Anträge europaweit	1.697	666
Ausgewählte Anträge europaweit	348	248
Bewilligungsquote europaweit in %	20,51	37,24
Eingereichte Anträge deutschlandweit	246	57
Ausgewählte Anträge deutschlandweit	63	32
Vernetzungsprojekte	2013	2014
Eingereichte Anträge europaweit	319	224
Ausgewählte Anträge europaweit	41	33
Bewilligungsquote europaweit in %	12,85	14,73
Eingereichte Anträge deutschlandweit	22	10
Ausgewählte Anträge deutschlandweit	4	4

Da leider das Budget für die aktuelle Förderperiode seitens der Mitgliedstaaten stark reduziert wurde (auf 185,4 Mio. Euro), können europaweit weniger Projekte gefördert werden. Dennoch ist die Bewilligungsquote im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen, wie die untenstehenden Tabellen zeigen – denn es wurden deutlich weniger Projektanträge eingereicht.

Eine der in diesem Jahr zur Förderung ausgewählten Bürgerbegegnungen wird im Folgenden vorgestellt.

Die EU als Friedensprojekt

Im Jahr 2014 jährt sich zahlreiche historische Momente, die die Europäische Union in ihrer heutigen Gestalt geprägt haben: der Beginn des Ersten Weltkrieges 1914, der Fall der Berliner Mauer 1989 und das daraus resultierende Ende des Kalten Krieges. Und: Die kleine hessische Stadt Braunfels kann auf 50 Jahre Verschwisterung mit ihrer englischen Partnerstadt Newbury zurückschauen. Aus diesem Anlass lud sie im Juli 2014 alle Part-

nerstädte ein, gemeinsam sowohl dieses Jubiläum zu feiern als auch die geschichtlichen Ereignisse für eine Reflexion über Europa zu nutzen. Auf Einladung des Partnerschaftsringes Braunfels e.V. kamen über 120 Gäste aus Newbury (GB), Bagnols (FR), Eeklo (BE), Kiskunfélegyháza (HU), Feltre (IT) und Carcaixent (ES). Die Bürgerbegegnung trug den Titel »Von zwei Weltkriegen über Städtepartnerschaften und dem Kalten Krieg zur Gründung der EU und der Verleihung des Friedensnobelpreises« und wurde mit 18.000 Euro von der EU unterstützt.

Gemeinsam mit etwa 450 deutschen Teilnehmer/innen informierten sich die Gäste durch Vorträge und Filme über den Ersten Weltkrieg. Einen Einblick in die Situation während des Ost-West-Konfliktes erhielten die Teilnehmenden bei ihrem Besuch im ehemaligen Beobachtungstützpunkt der US-Streitkräfte »Point Alpha«, der heute eine Mahn-, Gedenk- und Begegnungsstätte ist. Gäste-führer und Zeitzeugen erläuterten die Situation der Menschen vor Ort zur Zeit des Eisernen Vorhangs.

In Workshops und Diskussionen wurde die aktuelle Lebenssituation in Europa thematisiert. Der europäische Wertekanon als Grundlage des heutigen friedlichen Miteinanders ist ein Ergebnis des langjährigen Entwicklungsprozesses seit den Kriegsereignissen. Ein konkretes Thema, das den europäischen Grundwert der Demokratie veranschaulicht, waren die Wahlen zum Europäischen Parlament – ein zentrales Instrument der Mitbestimmung für die Bürger/innen Europas. Die Veranstalter legten viel Wert darauf, die gesellschaftliche Verantwortung des Einzelnen für die Bewahrung dieser Werte bewusst zu machen. Sie wollten vor allem den jugendlichen Teilnehmer/innen aufzeigen, dass sie mit ihrem Engagement in der Partnerschaftsarbeit einen Beitrag zur Gestaltung Europas leisten können.

Höhepunkt der viertägigen Begegnung waren die Feierlichkeiten zum 50-jährigen Partnerschaftsjubiläum zwischen Braunfels und Newbury, in deren Rahmen an die ersten Schritte der Versöhnung zwischen den europäischen Nachbarn durch Partnerschaftsgründungen erinnert wurde. Vertreter/innen der beiden Jubilare unterzeichneten eine Jubiläumsurkunde. Eingerahmt wurde der Festakt auf Schloss Braunfels durch musikalische Beiträge und Tanzvorführungen aus allen beteiligten Städten.

Weitere Informationen:
www.partnerschaftsring-braunfels.de
Christine Wingert und Stefanie Ismaili-Rohleder

Die KS EFBB wird gefördert durch die Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.